

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsgelbblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich u.ä. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 20 Pfg., Vollpaltene 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen und auf die gezielte Verbreitung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Preis ankommen. / Vollangengebühr: 10.— M. das Laubend, sonstiger Postgebühren. / Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 13

Donnerstag, den 29. Januar 1931

33. Jahrg.

Der Jagdverteilungsplan

des Jagdbezirks II der Stadt Kemberg für das Nachjahr 24. 6. 1930/31 liegt vom 29. Januar bis mit 12. Februar d. J. in der Stadtpartaflektor (Eintritt der Beteiligten aus. Einträge sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig. Kemberg, den 28. Januar 1931.

11] Der Jagdvorsteher
Dieze, Bürgermeister

Kirchensteuer

2. Rate vom 1. Oktober 1930 bis 31. März 1931 und Rückstände von erster Rate sowie ein Rückgeld von 2 M. von allen über 20 Jahre alten Personen, die keine Einkommensteuer zahlen oder deren Veranlagung von der Grundsteuer den Satz von 2 M. nicht erreicht, ist vom 30. Januar bis 15. Februar d. J. an unsere Kirchentafel (Kühn, Leipziger Straße 55) zu zahlen.
Der Gemeindefiskusrat

Selbsthilfe der Städte.

Seit langen Jahrzehnten war die Lage der deutschen Städte nicht so ernst wie heute. Man muß damit rechnen, daß die Städte Ende März vor einem ungeheuren Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen. Unter diesen Umständen ist die volle Ausnutzung der Vorverordnungssteuern notwendig. Die Vorverordnung ist in erster Linie selbsthilffähig gedacht. Aber wer glaubt, daß die Ordnung im Reichshaushalt und die Bekämpfung der durch Wohlfahrtsfragen nur wenig bedrückten Länder der Städte den Gemeinden fülle, irrt. Die Reichsregierung weiß, daß es nichts nützt, den Reichssetz zu lancieren, wenn die Gemeinden nicht genügend berücksichtigt werden. Bei dieser Sachlage ist die von uns immer wieder geforderte Neuregelung der Kräfteverhältnisse und die Veränderung der Termine im Januar 1931, die den Gemeinden einen vermehrten Zuwachs an Wohlfahrtsausgaben bringen, dringendes Gebot. Sonstige Möglichkeiten zur Neuregelung der Kräfteverhältnisse werden gegenüber immer wieder zwischen Reichsregierung und Städten besprochen.

Die deutschen Städte haben bewiesen, daß sie aus eigener Entschlossenheit alles tun, was nötig ist. Noch in diesem Haushaltsjahr müssen auf der Ausgaben Seite alle Ersparnisse, die irgend möglich sind, gemacht werden. Vor schläge dazu richtete der Vorstand des Deutschen Städtebundes vor kurzem an die Städte; sie betrafen den Postfahretset, die Krankenhäuser und das Schulwesen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen über die Wirtschaftsbekämpfung der Städte zum Abschluß gelangt, sind die Richtlinien für die Vändereorganisation vereinbart worden, sind förmliche Städtebund und Lebensorganisationen über eine zentrale Beratung der Theatervirtschaftslosigkeit gemindert. Die Ausgaben für die Schulen herabzusetzen zu müssen, ist keine leichte Aufgabe der Städte, auch hier werden sie, hartem Zwange folgend, die Verantwortung für unpopuläre Entschlossenheiten auf sich nehmen. Die Sparmaßnahmen müssen sich jedoch organisch einfügen und, wo möglich, mit Verbesserungen Hand in Hand gehen. Auch Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsspiele, haben ihre natürlichen Grenzen. Bei der überaus großen Notlage breiter Schichten der Bevölkerung wird der jetzige Stand der Wohlfahrtspflege im großen und ganzen soweit als möglich aufrecht erhalten werden müssen. Insbesondere sollten der vorbeugende Jugendhilfs und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge nicht eingeschränkt werden. Die Bedürfnisse der Wohlfahrtspflege müssen an die Lebenshaltungskosten angepaßt werden, wenn einerseits die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Lebensmittelpreise, andererseits die Gehälter und Löhne gesenkt sein werden. Außer solchen Sparmaßnahmen der Städte können weitere Ersparnisse in der Fürsorge dadurch erzielt werden, daß gesetzliche Bestimmungen geändert werden. Der Städtebund hat von der Reichsregierung verlangt: Der Rückerstattungsanspruch in der öffentlichen Fürsorge muß endlich gesetzlich festgelegt werden; die Bestimmungen des Anleihenabstimmungsgeleges und des Aufwertungsgeleges, nach denen Verzugszinsen und aufgewertete Zinsen bis zu einem gewissen Betrage bei Bemessung der öffentlichen Unterstützung nicht berücksichtigt und aufgewertete Ansprüche zur Sicherstellung der Rückzahlungsansprüche nicht herangezogen werden dürfen, müssen beseitigt werden; die gesetzliche Rückzahlungsfrist bei der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger durch Rückfrage

verbände muss herabgesetzt, die Ertragsansprüche der Fürsorgeverbände gegenüber Versicherungsträgern müssen erweitert werden. Warum führt das Reich nicht endlich auch in der Kräfteverhältnisse die Bedürfnisbefriedigung ein? Die Geldmittel, die dort verwendet werden, könnten die Gemeinden entlasten. Auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft werden die Gemeinden ihre Selbsthilfe- und Sanierungsaktion fortsetzen. Sie werden weiterhin äußerste Beschränkung über bei größeren Investitionen, Zurückhaltung auf dem Geld- und Kapitalmarkt beobachten und kurzfristige Verschuldung meiden. Der Ausbau des kommunalen Wirtschaftswesens mit dem positiven Ziel einer produktiven Wirtschaftsbekämpfung der Städte gewinnt in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Krisen für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wachsende Bedeutung. Eine besondere Befähigung wird die Prüfung der gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetriebe erfordern. Abgesehen von der auch hier durch die örtlichen Organe durchzuführenden laufenden Kassen- und Rechnungs kontrolle handelt es sich hier um die Prüfung der Wirtschaftsbetriebe auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Organisation und Betriebsführung. Die Prüfungen werden sich sowohl auf Regiebetriebe als auch auf kommunale Betriebe in Privatrechtsform erstrecken.

Die Ersparnisvorschlüsse und Rationalisierungspläne müssen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden und sollen die Voraussetzungen sein für die Verhandlungen mit Reich und Ländern. Sie sind auch die Voraussetzungen für weitere Forderungen an das Reich und die Länder. Jede Stadt, die dem Schicksal, dem kleinen Beamten, dem Arbeiter, dem Emmerhofen, dem Kranien genommen werden muß, ist ein Vorwurf an Reich und Länder: Wann endlich werdet Ihr eure Pflicht tun und den Gemeinden helfen?

Deutsche Tagesschau.

Die Grüne Front beim Kaiser.

Reichstanzler Dr. Brüning empfing in der Reichstanzlei im Besien der Reichsminister Chiele und Teiramus den Grafen Kalkreuth, den Präsidenten Brandes, die früheren Reichsfinanzminister Dr. Serres und Dr. Febr sowie den Professor Dr. Bornhoff. In der eingehenden Ausprache wurde die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft durchgesprochen. Vom Reichstanzler wurde in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft als Ziel der Ausprache bezeichnet, in gemeinsamer Arbeit zu einem Gelampfen zu kommen, bei der deutschen Landwirtschaft nicht nur vorübergehend Erleichterungen bringe, sondern auf lange Sicht die Grundlagen einer soliden Agrarwirtschaft schaffe.

Auftakt im preussischen Landtag.

Der preussische Landtag trat nach längerer Pause zu einem Volltagssitzungssitzung zusammen, der bis zum 6. Februar dauern soll. Im Vorfeld wurde auf Ergehen des Ministerpräsidenten Braun beschloßen, den Senatstag im Landtag nach vor den Parteien zu verabschieden. Der Senatstag selbst beriet über die preussische Gewerbesteuerordnung und die Gewerbesteuerpflichtige Neuordnung und Regelung der preussischen Realsteuern. Am Mittwoch beginnt die zweite Beratung des Haushalts, und zwar beim Senatstag der landwirtschaftlichen Ver. Luna.

Parlamentarischer Auftakt.

Die kommenden Verhandlungen

Berlin, 27. Januar

Nachdem der Reichstanzler Dr. Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zusammentritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Inzwischen hat ja auch bereits eine Fühlungsnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden.

Die Besprechungen werden fortgesetzt. Ein besonders wichtiges Thema ist die Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei, Landwirten und in politischen Kreisen wird angenommen, daß die Volkspartei der Reichsregierung nach Mitteilung macht, welche Sparmöglichkeiten sie bei dem 300 Millionen-Eintrag im Auge hat. Die Gerichte, daß Dingelbein bei seiner ersten Fühlungsnahme mit Reichstanzler Dr. Brüning personelle Veränderungen im Kabinett gewünscht hat, dürfte unzutreffend sein.

Betreiber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Besprechung mit dem Reichstanzler Dr. Brüning über die von den Sozialdemokraten beantragte Stafflung bei der Kürzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien selbst wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fühlungsnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Lohse formulierten Anregungen zur Parlamentsreform erörtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, daß ähnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Anträge, die finanzielle

Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Amnialität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure selbsten und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Dithleugeleges wird im engen Zusammenhange mit der Gläubigerberatung gehalten, und im besonderen wird das Schicksal des Dithleugeleges davon abhängen, ob der Reichshaushalt für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Vorverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister Lohse selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Dithle ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Vorkauf-Parlei abhängen, ob sie sich einstellt, dem Etat zugunsten, um auf diese Weise eine vergrößerte Dithle zu schaffen.

Hugenberg fordert Breitenwahlen

Berlin, 28. Januar.

Auf der von der DNVP gestern veranstalteten Reichsgründungsfeier hielt der Parteivorsteher, Geheimrat Dr. Hugenberg, eine programmatische Rede, in der er u. a. ausführte: Seitens des Reichstages 1931 ist verfassungsmäßig ein neuer Reichstags Landtag zu wählen. Im Frühjahr 1932 ist auch ein neuer Reichstags Landtag zu wählen. Das ist der Entscheidungssampf. Auf ihn richtet sich 1/4 Jahre hindurch der Geist und der Wille des deutschen Volkes. Das ist unsere erste Barade für 1931. Wir verlangen, daß der veränderten Volkstimmung Rechnung getragen und daß der Reichstags Landtag aufgelöst und neu gewählt wird.

Das ist unsere zweite Barade für 1931. Denn was ist das Bspielien zwischen Sozialdemokratie und Zentrum anderes als eine verkappte Erge Konfession? Wir rufen schon heute laut und öffentlich den von uns gemächten Reichstagspräsidenten an: Möge er auf der Hut sein, nicht in das Benehmen von dem hineingezogen zu werden, was er will, in die geschichtliche Verantwortung für einen neuen Staatsstreich, für einen Staatsstreich in Preußen, dem die Reichswehr Gewalt bei Fuß gegenübersteht. Wir verlangen zum Bemeile helfen, daß man lo etwas nicht will, die Neuwahl des Preussischen Landtages in diesem Frühjahr! Das neue Reich, für das wir kämpfen, ist Bismarcks Reich und doch ein ganz anderes Reich. Einst traf die Sozialdemokratie eine falsche Maßnahme nach der andern mit dem Erfolge, daß die Justiztion immer weiter im Licht giff. Jetzt dreht das Kabinett Brüning, weil es um der gemeinsamen Herrschaft in Preußen willen an die Sozialdemokratie getreten ist, die gleiche Barade in der entgegengekehrten Richtung. Es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Glend herauszuführen vermag: Zurück zur Heffert-Mart! Die wirtschaftspolitische Rettung unseres Volkes, das ist die dritte Barade für 1931!

Nach Dr. Hugenberg sprach Hofprediger D. Doherring, der seine Ausführungen schloß: Die deutsche Nation lasse das Reich Brüning mit seinen volkswirtschaftlichen Folgezuständen hinter sich und ziehe dem Dritten Reich, dem neuen deutschen Kaiserreich, entgegen.

Aus dem Freistaat Thüringen.

Staatsminister Dr. Fric über seine Ministerstätigkeit.

Weimar, 27. Januar

Staatsminister Dr. Fric sprach in einer Kundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjährigen Bestehens der gegenwärtigen Thüringer Regierung veranstaltet worden war, über seine Ministerstätigkeit.

Bei allen seinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Voraussetzungen für die Befreiung Deutschlands der Zusammenbruch des gesamten Volkes in einen einheitlichen Widerstand, Abwehr- und Freiheitswillen sei.

Als besonders wertvoll und notwendig bezeichnete er, daß dieser neue Geist und Wille in die Herzen der Jugend verankert werde. Mit Stolz könne er sagen, daß gerade bei der Jugend schon heute Erfolge in nationalsozialistischen Sinne zu beobachten seien. Der Anpunkt der nationalsozialistischen Politik sei, die Jugend immer mehr mit dem Geist des Widerstandes zu erfüllen, um so den Boden für Taten vorzubereiten, die dem deutschen Volk verlangt werden müßten, wenn es seine Freiheit wiedererlangen wolle.

Auch die religiös-fürliche Erneuerung sei ein Gebot der Stunde. Deshalb habe er die Schulgebete eingeführt.

Dr. Fric freute sich über die Berufung des Professor Dr. Günther und des Baukünstlers Professor Schulpe nach Weimar, um deren beiden Fachberatern für ihre Mitarbeit Dank zu sagen. Hierbei wies er den Vorwurf der Futtersprecher zurück und erklärte, daß er trotz aller Berufung seine Fachberater nicht zurückziehen werde, da Personalfragen für die Nationalsozialisten nachfragen seien. Die ungeheure Aufgabe, die sich die Nationalsozialisten in der Befreiung des deutschen Volkes gestellt hätten, sei in Thüringen zwar erst in den allerersten Anfängen, aber Millionen deutscher Volksgenossen hätte dieser Anfang mit neuer Hoffnung erfüllt.

Die Politik des Zentrums.

Für die Große Koalition. — Gegen die extremen Parteien.
Dortmund, 28. Januar.

Auf dem Parteitag der weissenlichen Zentrumspartei hielt der Vorsitzende der Zentrumsfraction des Reichstages Dr. H. S. eine nachdenkliche Rede über die innere Lage, über die Zusammenarbeit der Zentrumsfractionen des Reichstages und des Landtags, ferner über die Stellung des Zentrums in der Koalitionsfrage und über das Verhältnis des Zentrums zu den Nationalsozialisten. Da die Rechte im Reichstag verlagerte, habe ich Brüning, so erklärte er, auf die Sozialdemokratie stützen müssen, eine Zwangsläufigkeit, an der man nicht vorbeikommt. Daß in Preußen das Zentrum noch mit der Sozialdemokratie in Koalition sitze und die früher bestehende Große Koalition gesprengt worden sei, liege nicht am Zentrum. Dies habe die Deutsche Volkspartei verschuldet, die ihren Fehler auch mit der Zeit eingesehen habe. Die Mission des Zentrums sei, die mittlere Linie einzuhalten, seine Aufgabe, im Interesse des Vaterlands die beiden großen extremen Parteienrichtungen auseinanderzusetzen.

Nach allen politischen Erfahrungen habe die Große Koalition die beste Basis für die politische Arbeit abzugeben. Das Zentrum habe sich bemüht, die Idee der Großen Koalition auch unter Dr. Brüning am Leben zu erhalten. Dieser Mission müsse das Zentrum treu bleiben, so diene es am besten dem Vaterland.

Im Nationalsozialismus erblicke das Zentrum eine Gefahr für die katholischen Belange des katholischen Volkes. Der Nationalsozialismus sei ein Ausläufer der von den Deutschnationalen gezeigten antikatolischen Welle, gegen die man sich zu wehren müsse. Auf diese Aufgabe stelle sich das Zentrum ein.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es allen Zentrumangehörigen zur unabwendbaren Pflicht gemacht wird, sich völlig einseitig zum deutschen Gegenwartsstaat zu bekennen und mit festerer Hingabe am drängenden politischen Aufbau mitzuarbeiten. Dem Reichsanführer Dr. Brüning wird das Vertrauen ausgesprochen.

Ein deutscher Appell.

Das Schicksal Deutsch-Ostafrikas.

Berlin, 28. Januar.

In London tagt gegenwärtig ein Ausschuss von 20 Mitgliedern beider Kammern des Parlaments zur Prüfung des Weißbüchens der englischen Regierung über die „Closer Union“ von Deutsch-Ostafrika mit den englischen Nachbargebieten Kenja und Unganda.

Es ist bemerkenswert, daß im Mittelpunkt der bisherigen Verhandlungen des Ausschusses nur die Fragen standen, die sich auf die Eingeborenspolitik, sowie auf die Haltung der weißen Siedler in Kenja und der Indier gegenüber den Vätern der englischen Regierung beziehen, während der deutsche Einspruch gegen die beabsichtigte Verlegung der Mandatsbestimmungen bisher überhaupt nicht erörtert wurde.

Auch die englische Presse hat die großen Protestforderungen der deutschen Wirtschaftswelt ebenso wie stillschweigend übergehen wie die bemerkenswerte Erklärung des deutschen Außenministers Dr. Curtius vom 18. Dezember, in der er unter Berufung auf frühere Erklärungen seines Vorgängers Dr. Stresemann nochmals ausdrücklich bekräftigt, daß die Reichsregierung eine tatsächliche Bedrohung des Mandatsystems mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde.

Als Vorsitzender der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft hat nunmehr der bekannte Kolonialpolitiker und Reichstagsabgeordnete Gouverneur Dr. Schne, ein Schreiben an die Mitglieder des englischen Parlamentsausschusses gerichtet, in dem er ihre Aufmerksamkeit auf die starke Bewegung lenkt, die im deutschen Volk gegen die englischen Ostafrika-Pläne entstanden ist, und gegen die drohende Verletzung der deutschen Rechte Einspruch erhebt. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Wir erblicken in der Unkenntnis oder Nichtbeachtung dieser Vorgänge und überhaupt der Stellung des deutschen Volkes zu diesen Fragen eine schwere Gefahr für die Ent-

wicklung der Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern. Wir halten eine dauernde friedliche Verknüpfung zwischen den beiden Nationen als im beiderseitigen Interesse liegend. Wir sind aber der Meinung, daß durch eine Zusammenlegung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden britischen Gebieten ein unüberwindliches Hindernis für eine solche Verknüpfung geschaffen würde.“

Blutige Sonntagspolizei.

Nationalsozialisten und Kommunisten in Front.

Brunsbüttelkoog. Die Nationalsozialisten hatten in Brunsbüttelkoog einen Aufmarsch der S. A. und ein Konzert der Gaupolizei angestrebt. Die Kommunisten hatten von auswärts Verstärkungen von etwa 300 Mann herangezogen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden auch zwei Ueberfallkommandos aus Altona herangezogen worden. Als der nationalsozialistische Zug mit etwa 800 Mann am Hotel vorbeimarschierte, wurde er mit Schmärrchen empfangen. Die Waile, die durch Böhler aufgestellt wurde, stürmte schließlich ein ohrenbetäubendes Geschrei an und berard die Musikpappe und die S. A. - Leute mit Pfeiffen. Ein Musikführer brach mit schweren Schlädelverletzungen zusammen. Sofort rückte eine Schußpatulle heran, um das Votat zu schüren. Die Polizei mußte wiederholt mit dem Gummirümpel eingreifen, um die Menge auseinanderzutreiben.

Benig. Die Ortsgruppe Benig, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veranstaltete eine öffentliche Verammlung. Im Verlauf der Aussprache kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer wüsten Schlägerei, wobei elf Kommunisten und vier Nationalsozialisten zum Teil schwer verletzt wurden.

Königsberg. Auf eine durch das Dorf Kauth marschierende SA-Gruppe wurde ein Ueberfall von bewaffneten Kommunisten unternommen, wobei vier Nationalsozialisten durch Messertische schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt wurden. In einem Gegenangriff wurden die zahlenmäßig weit überlegenen Angreifer auseinander und in die Flucht geschlagen. Als die Kommunisten in die Flucht getrieben waren und die Nationalsozialisten ihre Verletzten verbanden, trat aus Königsberg ein Ueberfallkommando ein, das sofort die Nationalsozialisten nach Waffen durchsuchte, wobei zwei Schreckgeschüssen abgenommen wurden.

Eine interessante Feststellung.

French schon am 30. Juli 1914 englischer Oberkommandant in Frankreich.

London, 27. Januar.

„Daily Telegraph“ veröffentlicht Auszüge aus einem Buch über das Leben des englischen Generals French aus der Feder seines Sohnes.

Hierin heißt es, daß French bereits am 30. Juli 1914 von dem Chef des Generalstabes in das Kriegsministerium berufen und mit der Führung des englischen, für Frankreich bestimmten Expeditionskorps beauftragt wurde.

Der Beschluß zur Entsendung des Korps erfolgte gleichzeitig mit dem englischen Ultimatum. General French bestand entgegen anderweitigen Einflüssen darauf, daß die Engländer an dem ursprünglich mit dem französischen Generalstab abredeten Plan für Verlangung der französischen bei Mandeuge festhalten sollten. Diese Wendung der Position, so heißt es, würde die französischen Operationen geführt und Mätktionen gegen die Engländer erndert haben. Diese Verfassendungen sind ein neuer Beweis für die enge Zusammenarbeit zwischen den englischen und französischen Stellen vor Ausbruch des Krieges.

„Der Sieg Polens“.

Die Warschauer Presse zum Geneser Ergebnis.

Warschau, 27. Januar.

„Der Bericht des Völkerbundes ein voller Sieg Polens!“ so schreibt die polnische Presse zum Geneser Ergebnis. Das maßgebendste Warschauer Blatt, die „Gazeta Polska“, findet sogar, daß der Bericht sich völlig mit dem polnischen Standpunkt deckt.

Mit besonderer Befriedigung hebt die polnische Presse

allgemein hervor, daß in dem Ratsbericht weder von einem Sonderauschuß noch von einer Aufkündigung des Völkerbundesvertrages in Oercksleien die Rede ist.

Die „Gazeta Polska“ erklärt folgendes: „Wie vorauszusetzen war, hat der deutsche politische Angriff, der unter dem Vorwand der Minderheitenfrage gegen Polen geführt wurde, einen völligen Mißerfolg erlitten.“ Das Schmeierblatt „Kurjer Borussia“ bezeichnet die Rede des Reichsaußenministers Curtius als das glänzendste Staatsanwaltschafts in einem großen Strafprozeß mit politischem Charakter. Der „Kraaker Illustrierte Kurier“, der in diesem Kreise nicht fehlen darf, sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß die deutschen Verbände, in Genu ein polenfeindliches Gemitter zu entfachen, erfolglos geblieben seien. Die Oppositionsblätter beschränken sich zunächst lediglich darauf, die Geneser Beschlüsse kommentarlos wiederzugeben.

Lardieu in neuer Auflage.

Das Rechtskabinett Lardieu.

Der kurze Bestand des Kabinetts Steeg ist im wertenflichen auf die Überstürzung und auf die Querschnittsbereitungen zurückzuführen, die aus dem Kreise Lardieu gegen diesen Versuch eines Anzuges zur Bürgerlichen Konzentration von Anfang an in Szene gelegt wurden, und die bei der ersten ernsthaften Belastungsprobe, zumal sie auch durch einen neuen Standal verhängt war, das Kabinett in die Minderheit brachte.

Nach einigen vergänglichem Verdrunden, den Gedanken der Konzentration der bürgerlichen Parteien zu reifen, ist nun ein neues Rechtsministerium zu Lande gekommen unter Führung Lardieu und unter Betragung bewährter alter Politiker mit den wichtigsten Refektors.

Die sehr umfangreiche Ministerliste, bei der auch die Bezeichnung der Unterstaatssekretariate mit zu beachten ist, fordert den Vergleich mit der Liste des Kabinetts Lardieu direkt heraus, und dieser Vergleich lehrt, daß die Regierung Lardieu in äußerlich etwas abgeänderte Form wiederauf-erstanden ist.

Unmittelbar vor der Bildung dieses Kabinetts hatte Lardieu noch einen Versuch gemacht, die Radikalen für sich zu gewinnen, und er hatte ihnen in sozialpolitischer und kulturpolitischer Hinsicht sehr weitgehendes Gegenentkommen gegeben.

Die grundsätzliche Gegnerchaft der radikalen Partei gegen die republikanisch-demokratische Gruppe Marin aber hat diesen Versuch scheitern lassen, und mit schneller Wendung hat sich Lardieu dann ausschließlich auf die Kreise der Rechten zurückgezogen. In der Liste seiner Mitarbeiter erscheint Lardieu als Außenminister, aber die Funktion, die er tatsächlich in diesem Kabinett einnehmen wird, ist doch wohl eine erheblich bedeutendere.

Standal ist Außenminister geblieben, das Kriegsministerium liegt in den Händen von Magnot, die Finanzen verwalter wieder Flandin, und sonst sind die Veränderungen in der personellen Zusammenlegung gegenüber dem früheren Kabinett Lardieu im wesentlichen durch zwei Ländchen bedingt, einmal durch die Rache Lardieus an denjenigen früheren Mitarbeitern, die sich Steeg trotz der Außer-irdischen Lardieus zur Verfügung gestellt hatten und nun freierwillig weichen und zum anderen durch die Notwendigkeit, eine Reihe von Persönlichkeiten auszubooten, die durch den Durstic-Standal in allzu peinlicher Weise belastet worden sind.

Angeführt die eindeutigen Rechtsorientierung des neuen Kabinetts wird der parlamentarische Kampf in Frankreich mit erneuer, ja mit gesteigelter Heftigkeit entbrennen.

Die Bemühungen aller einsichtigen Politiker gegen darauf hinaus, diesen Kampf einzuschränken und die Kräfte für die schweren Aufgaben sozialpolitischer, finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Art zu sammeln, vor denen Frankreich steht. Diesem Ziel sollte der Gehante einer Konzentrationsregierung aller bürgerlichen Parteien dienen, der Gehante, der sich nach dem Siege Lardieus machende Politiker Frankreich mit aller Entschiedenheit bemüht hatten, der aber dann schließlich in dem Kabinett Steeg nur eine teilweilne und von vornherein unter dieser halbtägige geschwächte Lösung gefunden hat. An die Stelle der ererbten Verwirrung tritt nun neuer Kampf, und gute Anlässe sind gründlich zerfört worden.



Die tolle Miss

Numerischer Roman von Bert Oehlmann

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Muningslos, was seine Erzählung für Folgen zeitigen sollte, plauderte Doktor Kaulen von dem Verleger, den Kaulen selber hatte und der sich nicht nur auf die drei Risse, sondern auch noch auf den Umhang erstreckte, daß ihr schlechter Inspektor eine feste Erbchaft gemacht hatte, die ihn auf vier bis sechs Wochen nach Rotterdam rief. Nun war die Miß zu dem Entschluß gelangt, sich für diese Zeit eine Hilfskraft zu engagieren. Der Holtenbach war zu groß, um ohne Inspektor auszukommen. So hatte sie ein diesbezügliches Inserat für den Annoncenenteil der „Landwirtschaftlichen Rundschau“ aufgelegt und es dem Director zur Beilage in der Stadt mitgegeben.“

„So,“ sagte Leo höchst gleichmütig. Aber in seinem Innern entstand ein unbefriedigender Aufruhr. Das dauerte ein paar Stunden und hielt selbst noch an, als Doktor Kaulen mit seiner Hilfe längst wieder fortgegangen war. Dann aber wachte Leo, was er zu tun hatte.“

Morgen marschierte er selbst per pedes nach Gut Holtenbach, verlangte die Gutscherrin zu sprechen und stellte sich ihr als — Hilfsinspektor vor!“

Das wurde ein Wortpaß! Ange in Auge, schließlich nur einen Schritt getrennt, würde er ihr gegenüber stehen, und sie würde ganz vernünftig mit ihm reden — habaha — mit ihm, dem „Bummelbaron“! Sie würde ihn, dem sie die Tür zu weissen sich vorgenommen, doch empfangen!

So würde er sie überfließen!

Daß er die Stellung nicht annahm, dafür wollte er schon sorgen — und alles Lebige fand sich von selbst.“

„So hatte Leo keine zeitig auf den Steg gemacht, nachdem er seine getrennen Bedenken, dem Inspektor, über die Hände über den Kopf zusammengeschlagen, als er hörte, um was es sich handelte, eingeweiht hatte. In seiner

Tafel knisterte etwas, das er sich selbst am Schreibtisch geschrieen — ja, ja, es war alles vorbereitet.“

Vor dem Tor seines Befehles stehen er mit dem alten Landrießträger zusammen, der ihm einen Brief überreichte, der den Hofmeister „Zinsberg“ trug.“

Von Egon Ringmann!“

Ein flüchtiges Rot stieg in Leos Wangen. Haltig langte er in die Tasche, drückte dem schämenden Alten ein Markstück in die schwelende Hand und setzte klugs den Weg fort.“

Dann las er:

„Leo, alles Gaus! Wenn Du wüßtest, wie es in mir lebt, jetzt und ab jetzt! Wie mein Herz wie eine Schiffschraube um sich schlingt! Ich bin ja sooo glücklich — überglücklich! Ja, lieber Freund: Egon Ringmann hat sich verlobt, daß er bis über beide Ohren in einem rotaroten Meer von Wonne schwimmt. Noch habe ich freudlich den entscheidenden Schritt nicht getan, aber die Entscheidung, ob die Solde, der mein Gaus Herz gehört, die Meine wird, soll in den nächsten Tagen fallen! Auf alle Fälle ersiehst Du als Erster, was aus mir, dem endlich einmal aufrecht und unrettbar Verliebten, geworden ist. Es kann sein, daß ich Dich auch eher als verardert auf Deiner gottverlassenen Kiste überfalle. Bis dahin bin ich Dein zur Zeit nicht ganz seine fünf gelunden Sinne beieinander habender Egon.““

Leos erster Gedanke war der an Bisepf Wertmeister! Sollte Ringmann tatsächlich — ?

Zuturauen war es ihm, daß er augenblicklich nach seinem Einzug in die Hagemann'sche Pension einen Pfirt mit der jungen Dame bekommen hätte!

Und hier? Erwürdete sie seine, diesmal wirklich christlichen, Gesühle?

Wenn ja — und ganz aus der Welt zu weissen war ja der Gedanke fettesmaga! — so hatte sie sich rasch über seine, des Barons, plöckige Fruchtbarkeit zu trösten gewußt, ohne sich, wie Kaulen gemutmaßt, die Meuglein tot zu weinen!

„Nicht nur Sicherheiten“

... auch Angst vor der deutschen Industrie.

Einige Pariser Blätter, besonders das „Journal“ und das „Deuere“, setzen sich über die deutsch-Außenhandelsbilanz äußerst kritisch. Sie verübeln ihre Ziele zu beklagen, daß weder die Reparationsleistungen noch die Arbeitslosigkeit in Deutschland in seiner Entwicklung gehindert haben. Das „Journal“ schreibt u. a., das Ergebnis müsse um je mehr unterliegen werden, als es in einem Augenblick bekannt wurde, in dem man deutscherseits immer wieder auf die Unhaltbarkeit des Youngplans aufmerksam mache. In erster Linie sei die Feststellung, daß der heutige Außenhandel durch die Schließung des Youngplans England überflügelt habe und nunmehr an die erste Stelle nach Amerika gerückt ist.

Die Wirtschaftslage in Deutschland sei außergewöhnlich gesund, obwohl die Industrie nicht vollständig ausgeht.

Das Blatt fragt, welches die Macht Deutschlands wäre, wenn es keine Industrie voll beschäftigen würde. Die gleiche Frage wirft auch das „Deuere“ auf. Es verlangt die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Einschränkung der Industrieerzeugung. Man dürfe nie vergessen, so betont das Blatt, daß die Friedensereignisse in vieler Hinsicht auch eine Kriegserfolge in sich schließen. Wenn Brünning in seiner letzten Rede darauf hingewiesen habe, daß die Zustimmung eines Zahlungsplans notwendig erfordere, so könne man nur von einer Industrialisierung mit aller Gewalt sprechen. Diese könne für Deutschland unter Umständen sehr gefährlich werden.

Henderson über Genf.

London, 28. Januar.

Außenminister Henderson erklärte nach seiner Rückkehr aus Genf in einer Unterredung, er sei überzeugter als je, daß eine erfolgreiche Abrüstungskonferenz mehr als alles andere dazu beitragen werde, die Weltfriedensverhältnisse und die politische Stabilität in Europa zu sichern. Obwohl im Völkervertrag auch die von der Tagung der 27 Außenminister, die Briand Plan für europäische Zusammenarbeit erzwogen, habe die englische Delegation zahlreiche Beweise dafür erlangt, daß die Wirtschaftskrise die Mehrzahl der europäischen Länder ebenso schwer betroffen habe wie Großbritannien.

Der Minister bemerkte weiter, die Tatsache, daß kein vernünftiger und gutunterrichteter Mensch einen Krieg befürchte, vermindere nicht die Notwendigkeit, das Wert der Abrüstung hoch und wirksam vorwärtszubringen. Er glaube nicht, daß die Welt den vollen Vorteil von allem, was zum Wiederaufbau Europas getan worden sei, erkenne werde, bis zum mindesten das vom Vertrag von Versailles beabsichtigte Maß der Abrüstung herbeigeführt sei.

Henderson schloß: „Ich sehe die oberste Aufgabe, die der Rat am letzten Sonnabend zustande gebracht hat, als ein bemerkenswertes Zeugnis für die zunehmende Macht des Völkervertrages an. Diese Regelung wird, wenn sie auch ausgearbeitet wird — und ich vermute darauf, daß dies der Fall sein wird —, viel dazu beitragen, eine der ernstesten Ursachen der Reibungen in Osteuropa zu beseitigen.“

Die englische Regierung gesichert?

In der innerpolitischen Lage Englands ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Der Hauptentscheidender der liberalen Partei, Sir Archibald Sinclair, hat sich davon überzeugt, daß die meisten Liberalen mit Ausnahme von etwa 10 oder 12 der Entschiedenheit der Parteileitung folgen werden, bei der Abkündigung über das Gewerkschaftsgesetz sich der Stimmenabgabe zu enthalten.

Dies würde bedeuten, daß die Regierung ihr notwendige, wenn auch geringe Mehrheit erhält, vorausgesetzt, daß nicht noch im letzten Augenblick unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Ferner haben die Liberalen ihre Entschliebung über die Arbeitslosigkeit in der Hand, daß zwar die Mitglieder der Arbeiterpartei aber nicht die Konventionen für sie stimmen können, während es ziemlich sicher erscheint, daß die meisten Liberalen gegen die Entschliebung, die den alten Plan Lloyd Georges enthält, eine große Anzahl für Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, stimmen werden.

Amerikanische Erkenntnisse.

Boschhafter Sadelt in Köln.

Berlin, 28. Januar.

Die amerikanische Handelskammer in Deutschland hat nun auch in Köln, das die Amerikaner als den wirtschaftlich wichtigsten Punkt des deutschen Weltens betrachten, eine Zweigstelle eingerichtet, und deren Eröffnung gab Anlaß zu besonders feierlichen Veranstaltungen, in deren Mittelpunkt das Erheben des Berliner amerikanischen Boschhafter Sadelt Hand. Der Boschhafter hat bei dem Festessen eine Ansprache gehalten, die über den eigentlichen Anlaß hinaus in Kreisen der Wirtschaft und der Politik besondere Bedeutung findet. Der Boschhafter hat ausgehend von der Gemeinsamkeit vieler kultureller und wirtschaftlicher Interessen, die die Vereinigten Staaten und Deutschland verbinden, dem Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der gegenseitigen Verständigung namentlich der wirtschaftlichen Interessen Ausdruck gegeben und bei der Prüfung der Möglichkeiten für die Erfüllung dieses Wunsches ein Bild der wirtschaftlichen Weltlage und der besonderen Lage Amerikas gezeichnet.

Bei rückfalllos Anzeichen der schweren Depression des letzten Jahres bekannte sich der Boschhafter doch für das neue Jahr zu einer Zuversicht, die er in erfreulichen Umständen begründet sieht, und besand, daß der Tiefstand der Wirtschaftskrise überstanden sei. Auf das politische Gebiet hinüber spielten seine abschließenden Ausführungen, die als wesentliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Sicherung des Friedens zwischen den Nationen, die Lösung des Krieges und die Ausschaltung jeder Geheimpolitik kennzeichneten.

Der Wunsch, der dem Boschhafter aus dem wirtschaftlich eingetragenen Kreis seiner Zuhörer in reichem Maße zuneil wurde, wird ihm auch im politischen Lager nicht fehlen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 28. Januar 1931.

Das Amtsgericht hat uns gestern, auf Folgendes hinzuweisen: Die Gläubiger von insolventen Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Realien, die nach dem Aufwertungsgesetz aufgewertet sind, deren Aufwertung aber im Grundbuch noch nicht eingetragen ist (z. B. von noch eingetragenen Papiermarktschulden, gelöstem, infolge Vorbehalts oder Rückforderung aufgehobenen Rechten), haben für den früheren Gläubiger aufgewerteten Rechten, haben den Antrag auf Eintragung des Rechts spätestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgewertete Recht am Grundbuch; soweit es noch im Grundbuch eingetragen ist, wird es von amtswegen gelöscht.

Doch keine Realverrentung! Die Notverordnung hat den Gemeinden vom 1. April 1931 ab eine Senkung der staatlichen Grundvermögenssteuer um 10% und der Gemeindefiskal um 20% verprochen. Der Steuerzahler in einer Gemeinde, die 200% Zuschlag erhebt, würde somit zunächst die 10% Senkung der staatlichen Steuer mitmachen, und da nur auf den gefallenen Betrag die Gemeindefiskal erhoben werden, weitere 20% sparen; mit anderen Worten: mer in dieser Gemeinde bisher 100 RM staatliche Steuer bezahlte und infolgedessen noch 200 RM an die Gemeinde zahlen mußte, wird künftig nur noch 90 RM staatl. Steuer entrichten haben und dementsprechend 180 RM an die Gemeinde. Der Betrag, der der Gemeinde auf diese Weise durch die Senkung entgeht, soll der Gemeinde aus Hauszinssteuermitteln zur Verfügung gestellt werden. In Ländern jedoch, die einen starken Wohnungsbedarf haben, kann mit Zustimmung des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers die Hauszinssteuer in geringerer Weise herangezogen werden und die Senkung nur bei benutzten Gemeinden vorgenommen werden, deren Steuererträge über den Landesdurchschnitt vom 31. Dez. 1930 hinausgehen. Da der Landesdurchschnitt für die Grundvermögenssteuerzulage 10 ungenügend bei 300% liegt, bedeutet eine solche Maßnahme, daß nur diejenigen Gemeinden die Senkung erfahren, die bisher Zuschlag über 300% erhoben haben. In Preußen liegt auch bereits ein Gegenentwurf vor, der eine solche Regelung vorseht. Damit ist wieder einmal eine gezielte Regelung getroffen worden, die in vielen Fällen eine Befreiung für sparame Wirtschaften gleichkommt. Alle diejenigen Städte und Gemeinden, die durch fortgesetztes Haushalten und ihre Realverrentung bisher niedrig halten konnten und unter dem Landesdurchschnitt liegen, nehmen danach an der Senkung nicht teil. Viele Gemeinden aber, die lüftig darauf losgewirtschaftet haben, erhalten jetzt folglich eine Prämie dafür.

Dürfen die Gemeinden die Steuern erhöhen? Die Durchführungbestimmung des Reichsfinanzministers vom 20. Dezember 1930 lagt in § 5 Abs. 2 ganz klar: Nach dem 31. Dezember 1930 können Nachtragserlässe für das Rechnungsjahr 1930 nicht mehr beschlossen oder festgelegt werden. Diese Bestimmung, die 10 Tage vor Jahresende erlassen wurde, aber erst nach Weihnachten zur Veröffentlichung kam, wird allerdings in manchen Landkreisen zu Komplikationen führen. Hat z. B. ein Kreis in der letzten Jahreswoche eine erhöhte Kreisumlage beschlossen, dann wird er das Geld, das zu dieser Umlage erforderlich ist, aber nur von den Gemeinden bekommen können, die noch vor dem 1. Januar 1931 ihre Steuern erhöhte und noch vor diesem Termin die Genehmigung dazu erhalten haben. Alle anderen Gemeinden dürfen nach dem 1. Januar 1931 ihre Realverrentung nicht mehr erhöhen und daher, wenn sie kein hohes Bonifitium haben, dem Kreis die erhöhte Umlage nicht zahlen können. Selbst wenn die Gemeinde zahlen wollte, würde jeder Steuerpflichtige mit Erfolg gegen den neuen Steuerzettel angehen können.

*** Dem Kranken Hilfe.** Wir verweisen auf den am Freitag Abend in der „Westraube“ stattfindenden Vortrag. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer.)

Am vergangenen Sonntag hielt der Verein **Dübener Heide** in Bad Schmiedeberg eine außerordentliche Hauptversammlung ab, an der auch die hiesige Ortsgruppe teilnahm. Das Veranlassungsmittel „Schöne Aussicht“ im Wald, unterbrochen durch Gruppen der Tiere des Waldes, wie Fuchs, Reh, Kaninchen, Hase und zahlreiche gefiederte Bewohner der Heide, selbst der Fgel hatte sich eingestellt. So war der äußere Rahmen für die Tagung durch den Pächter der „Schönen Aussicht“ gegeben, in den Heidegedanken eingeführt wurden die Teilnehmer durch den Vortrag des Lehrers Schimpf. Mäusenstilk war es im Saal bei diesen Ausführungen, die das Thema „Welche Aufgaben hat die Heide unserer Arbeitsgemeinschaft?“ behandelten. Er zeigte die Schönheiten der Heide, die Gefahren, die der Heide drohen, er wies aber auch die Wege, die zur Erhaltung und Erzielung derselben möglich sind. Vanganhaltender Beifall lohnte dem Redner. Die darauf folgende geschäftliche Sitzung dehnte sich bis abends 6 Uhr aus. In ihr wurde in erster Linie die Beratung der Satzungen erledigt, die nach verschiedenen Veränderungen genehmigt wurden. Des weiteren wurde der Bericht über den Stand der Wegemarkierungen entgegengenommen, Vorschläge besprochen über die Form der Tafeln, Ausführlinien für Gasklärten und Gasklärten, Vereinsymbol. Diese technischen Fragen sollen von den Wegemerkern weiter erledigt werden. Zur Rosenkündigung soll versucht werden, von den einzelnen Gemeinden Darlehen aufzunehmen. Von unserer Ortsgruppe wurde die Anregung gegeben, bei der Reichsbahn die Einweisung der Station Wegwitz in den verfallenen Sonntagsvorkehr von Halle, Leipzig und Bitterfeld zu beantragen. Von der Ortsgruppe (sowohl wie vom Hauptverein) sollen entsprechende Schritte unternommen werden. Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß der Hauptverein ca. 600 Mitglieder angehört, die Remberger Ortsgruppe zählt 112 Mitglieder. Beschlossen wurde ferner, im September die Jahreshauptversammlung

verbunden mit einem Seidfest in Remberg abzuhalten.

Fußballsport. Am vergangenen Sonntag schickte der M. T. B. Remberg eine neu aufgestellte 2. Mannschaft der Fußballabteilung nach Gommeln, um gegen die dortige Fußballmannschaft, welche vor kurzem gegründet wurde, ihr erstes Spiel auszuführen. Um zwei Uhr erbönte der Anpfiff. Beide Mannschaften zeigten sehr großen Eifer, ja, sie waren manchmal so eifrig, daß sie ganz vergessen den Ball zu treffen. Auch machten viele des Älteren mit der linken Hand Bekanntschaft. Halbzeit 1:0 für Remberg. Nach der Pause gelang es dem Remberger noch zweimal einzutreten und den Sieg auf 3:0 zu erhöhen. Zu dem Spiel selbst ist zu sagen, daß beiden Mannschaften noch sehr viel Training fehlt. Vor allen Dingen müssen die Seiten gehalten werden und jeder Spieler muß auf seinem Platz bleiben. Das andere kommt mit der Zeit. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. Jedemfalls ist der Anfang gemacht und wir wünschen Gommeln, daß sie sich durch die erste Niederlage nicht abschrecken lassen, sondern tüchtig weiter trainieren, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Zerlegung des Verwaltungsvertrages

Berlin, 28. Januar. Die zur Zeit gültige Regelung des Verwaltungsvertrages für Landwirte läuft mit dem 31. Januar ab. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, schon jetzt den Verwaltungsvertrag für den ganzen Rest des laufenden Getreidewirtschaftsjahres festzusetzen. Hiermit dürfte den wiederholt geäußerten Wünschen (sowohl der Landwirtschaft wie der Mühlen und des Handels) Rechnung getragen werden. Da die Landwirtschaftserträge im Februar und März noch unter einem erheblichen Verkaufsdruck steht, der sich später mindert, ist beabsichtigt, den Verwaltungsvertrag für Februar und März nur wenig, nämlich noch 80 auf 75 Prozent, zu erhöhen und in den folgenden Monaten weiter herunterzulassen, und zwar für April und Mai auf 65, für Juni und Juli auf 50 Prozent. Nur wenn die Versorgungslage oder die Preisentwicklung eine Veränderung der Verwaltungsverträge erforderlich macht, sollte nach § 3 des Verwaltungsvertrages eine andere Regelung erfolgen.

Uthausen. (Vorläuf. Kreisfrage!) — Die Hand (laut abgeklärt). Ein behauerlicher Unglücksfall betraf den aus Uthausen stammenden Arbeiter, hier. Er war mit Holzgänsen an der Kreisstraße beschäftigt. Durch Ausgleiten kam er dem Sägenblatt zu nahe, das ihm die rechte Hand buchstäblich abblähte. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Herr Dr. Müller-Remberg herbeigeholt und ins Paul Gerhardt-Städt. Wittenberg gebracht. — Dem noch in seinem Alter arbeitenden Vater kammer bringt man allseitigen Bedauern entgegen — Nicht oft genug kann beim Umgang mit dergleichen Maschinen zur Vorsicht ermahnt werden!

Herberge (Efter). Die Räumungsarbeiten gehen weiter. Die Baufirma Dübener in Wittenberg, der die Effergenossenschaft die Ausführung der Räumungsarbeiten am Unterlauf der Schwarzen Effer übertragen hatte, hat nun von sich aus den Arbeiter, die wie gewohnt, wegen Nichtzahlung der Löhne durch die von der Firma Dübener erteilte beauftragte Firma Schwarz in den Straf getreten waren, einen Vorstoß und danach den Lohnrest ausbezahlen lassen. Sobald es das Wetter erlaubt, werden die Arbeiten von der Firma Dübener selbst zu Ende geführt werden.

Teffen. Die Affäre Günther-Margazin soll, wie es heißt, jetzt auch vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Es soll neues, die beiden Angeklagten belastendes Material vorliegen.

Fünf Kinder vor dem Erkranken hinterlassen

Uffenberg. In Ruppertsdorf bei Wittenberg vorerwähnten fünf Kinder mit Fischpöhlchen auf dem Dorfteich. Blühlich fender die Scholle und die Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren führten ins Wasser. Der zufällig vorbeigehende Maurer Ernst L. u. in Ipsang kurzentschlossen ins Wasser und konnte sämtliche Kinder wohlbehalten in Sicherheit bringen.

Kammern. Opfer der Wirtschaftskrise. Der Kaufmann S. u. h. u. g. l. e. r. und seine Ehefrau wurden in ihrer Wohnung in der Burgstraße tot aufgefunden. Sie hatte sich durch Einatmen von Vergiftungs das Leben genommen, nachdem ihnen wegen schwerer wirtschaftlicher Rückschläge und Enttäuschungen unermesslich geworden war.

Halle. Rette Auslichten. Zur Zahlungsunfähigkeit des Konsumvereins wird nun mitgeteilt, daß die Genossen, wenn es zum Konkurs kommt nach den bekannten Bestimmungen nicht nur mit den eingezahlten Beträgen, sondern noch weit darüber hinaus zur Haftung herangezogen werden können. Auch die ausgeschiedenen Mitglieder seien diesem Zwang unterworfen.

Halle. Die täglichen Schlägereien. In der Leipziger Straße entstand eine Schlägerei zwischen mehreren Kommunisten und einem Nationalsozialisten, bei der der Nationalsozialist fünf Schüsse aus einer Schrotflintenpistole abgab. — Auch in der Schmeierstraße gerieten Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Die Beteiligten wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Bad Liebenwerda. Zur Vogelfläche. Die Vergrößerung des Disziplinärverfahrens gegen den früheren Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogt, hat im Preussischen Landtag der Bundesrat-Abordnete Heidemann gegen den Gegenstand einer Anfrage gemacht, in der u. a. nach den Gründen einer Anfrage gemacht, in der u. a. nach den Gründen einer Entscheidung herbeigeführt haben und welche Maßnahmen das Innenministerium zu der im öffentlichen Interesse liegenden Verschleimung des Verfahrens getroffen habe. Schließlich heißt es in der Anfrage: „Ist das Staatsministerium bereit, mehrheitlich mit flämmigem Nachdruck für eine klärende Behandlung des Verfahrens zu sorgen, damit u. a. auch die Angehörigen der heutigen Finanzwelt nicht zu unangenehmen Weiterzahlung des Wartegeldes endlich wegschafft?“

Magdeburg. In der ersten Vollversammlung der Magdeburger Industrie- und Handelskammer er wies Präsident Rombold in einem Rückblick auf das verfloßene Wirtschaftsjahr darauf hin, daß der Einfluß der Kammer gegen die Erhöhung der Gemeindefiskalsteuer Erfolg gehabt habe. Auf Anordnung der zuständigen Minister haben die vom Regierungspräsidenten ernannten Staatskommissionäre die Erhöhung auf 845 Prozent rückgängig machen müssen, so daß es bei dem bisherigen Zuschlag von 505 Prozent verbliebe. Der Vorwurf der Stadt, daß ihr dadurch 1.400.000 RM entgingen, sei als unzutreffend zurückgewiesen worden. Im Bezirk der Magdeburger Industrie- und Handelskammer waren 75 Konzepte (1929/30) und 35 Vergleichsverfahren (1929/30) zu verzeichnen. Die Kammer stimmt

einem Beschluß zu, nach dem den Hausierern das Ausstellen von Wecheln verboten werden soll.

Quecksilber. Fünftöpfige Räuberbande verhaftet. Eine aus fünf Köpfen bestehende Räuberbande wurde hier von der Polizei ermittelt und festgenommen. Die Bande hat insbesondere die Umgebung von Quecksilber und Merinigerde durch fortschreitende Diebstähle in Schrecken gesetzt. Die Täter wurden dem Quecksilberer Gerichtsausschuß zugewiesen.

Leipzig. Vertagte Schlichtungsverhandlungen. Die Schlichtungsverhandlungen im Lohnkonflikt in der Leipziger Metallindustrie haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Nach zweitägiger Dauer wurden die Verhandlungen am Dienstag abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Leipzig. Kommunistenüberfall. In der Dresdener Straße wurden zwei Stahlhämmer von Kommunisten überfallen. Es kam zu einem Handgemenge in dem ein 24 Jahre alter Schlosser Stöckel in die Lunge und in den Rücken erbiest, während ein 19jähriger Installateur in den Oberarm gestochen wurde. Beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Einer der Angreifer wurde verhaftet, während die anderen entkommen konnten.

Dr. Külz Dresdner Oberbürgermeister?

Dresden. Wie aus dem Ergebnis der gemeinsamen Sitzung des Wahlausschusses, der Fraktionen und des Vorstandes des Stadtratskollegiums über die am 29. Januar vorzunehmende Wahl des neuen Oberbürgermeisters hervorgeht, ist aller Wahrscheinlichkeit nach damit zu rechnen, daß Minister a. D. Dr. Külz, der der Staatspartei angehört, zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt werden dürfte. In die enge Wahl sind Dr. Külz, Dr. Wolf-Duisburg und Stadtrat a. D. Stoll-Berlin gestellt worden. Für Dr. Külz erklärten sich außer den Staatsparteilern die Sozialdemokraten, der Vertreter der Altsozialisten und auch des Zentrums sowie ein Teil der Gruppe Handwerk, Handel und Gewerbe, für Dr. Wolf die Deutsche Sozialpartei, die Nationalsozialisten, die Konservativen und die Nationalsozialisten mit ihren Sozialisten und die Kommunisten für den Stadtrat Stoll. — Das Stadtratskollegium zählt 75 Mitglieder, die Mehrheit beträgt also 38 Stimmen. Da die sieben kommunistischen Stimmen auf Stoll fallen, muß der bürgerliche Kandidat 35 Stimmen auf sich vereinigen. Dr. Külz dürfte mit etwa 40 Stimmen, und zwar der fünf Staatsparteilern, des Zentrumsvertreeters, der Sozialdemokraten und eines Teiles der Gruppe Hand-

wert, wahrscheinlich schon im ersten Wahlgang gewählt werden. — Für den Posten des Dritten Bürgermeisters und als Leiter des neuen Gesundheitsamtes wird der Wahlausschuß den Dr. W. naheliegenden Direktor des Städtischen Gesundheitsamtes in Rdn. Dr. Coerper vorgezogen.

Handelsminister Schreiber in Dresden

Dresden. Auf Einladung der Deutschen Staatspartei sprach der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, im Saale der Kaufmannschaft über wirtschaftspolitische Zeitfragen. In seinem vielfach von Zwischenrufen unterbrochenen Vortrage bezeichnete er die vorgeschlagene Arbeitsdienstpflicht als undurchführbar. Eine Beteiligung der Zinswirtschaft sei nur möglich, wenn die ausländischen Geldgeber Vertrauen in die Befähigung der deutschen Wirtschaft haben könnten. Die Reparationen könnten auf die Dauer in ihrer jetzigen Höhe nicht geleistet werden. Aber eine Revision des Young-Planes könne erst dann kommen, wenn die Haushalte und Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden in Ordnung seien. An eine Vertragsrevision mit dem Ziele der Wiedererlangung voller politischer und wirtschaftlicher Freiheit könne man erst denken, wenn das ganze deutsche Volk einig und in sich geschlossen sei.

Die Besitzer der Gemarkung Bußdorf
werden zu der am **Freitag, den 30. Jan.,** abends 7 Uhr stattfindenden **Bersammlung** im Schützenhausaal eingeladen Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Dtto Braunsdorf, Marktrentier.

Nutzholz-Auktion Schköna.

Mittwoch, den 11. Februar, 10 Uhr, kommen in der „Weintraube“ in Gräfenhainichen öffentlich meistbietend zum Angebot

Revier Schköna: Durchforstungen und Sammeln, Abl. 6, 9, 10, 12, 13, 15, 16, 19, 22, 23, 28—31. 722 Kiefern (Al. 15—35) m. 304,6 fm.

Revier Thielenhaide: Planterbeie, Durchf. u. Sammeln, Abl. 11, 12, 13, 19, 20, 21, 28, 29: 569 Kiefern m. 308,13 fm, 4 Birn. 1,99 fm, 8 Eichen 4,28 fm, 30 Buchen m. 15,62 fm, 26 Fichten m. 6,68 fm. Listen auf Wunsch.

von **Bodenhausen'sche Forstverwaltung**
Schköna.

Holz-Auktion.

Die Forstverwaltung **Kolonie Gnieß**, der Bergwitzer Braunkohlenerwartung verkauft am **Sonntag, den 31. Januar 1931,** von 9 Uhr ab im **Gasthof Wexler-Gnieß** öffentlich meistbietend aus dem Einschlag 1930/31

ca. 200 rm Brennholz

Bedingungen im Termin

Die Forstverwaltung,
Bundorf.

Achtung!

Opel- und Phänomen-Fahrräder

bedeutend billiger. Original-Opel-Fahrräder mit Freilauf, rotem Gummi, gelbem Lederzeug, Sattel mit Nadeln, gelben Felgen, Felgen mit Werkzeug, 75 RM. Karbidlampen, Pedalen mit Gummi, Lenker la vernickelt, zu billigsten Preisen.

Friedrich Böhsch, Kemberg,
Leipziger Straße 12.

Benutzen Sie an den langen Winterabenden unsere reichhaltige

Leihbibliothek

Richard Arnold,
Buch- und Papierhandlung,
Leipziger Straße Nr. 64/65

Jeden **Freitag** von 11—1 Uhr halte ich im **Hotel**

Palmbaum in Kemberg

Sprechstunden

ab. **Rechtsanwalt Bode, Bad Schmiedeberg.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke, die uns zu unserer Vermählung dargebracht wurden, danken wir recht herzlich.

Richard Schröter und Frau

Olga geb. Knappe.

Gommlo, den 26. Januar 1931.

Morgen Donnerstag
von 2 Uhr ab frische **Fasten-, Schaum-, Mohn- und Kummel-Brezeln.**
O. Herrmann, Bäckerei

Morgen Donnerstag, von 1 Uhr an
Schaum- und Fasten-Brezeln
Bäckerei Mattheß

Morgen Donnerstag
ab 2 Uhr

frische Brezeln

— **Ernst Berndt** —
Bäckerei • Tel. 284 • Conditorei

Forstplanwiese

und

Rabelwiese

je 1 Morgen groß, zu verpachten
Leipziger Straße 59

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten und Stützfüße.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Rotta.

Seute **Mittwoch** abends 7 Uhr bei Künze

Missionsvortrag
des Missionärs Wahl: „**Erlebnisse in China**“ mit **Bildern.** Eintritt frei.

ReitSPORT-Berein

Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr

General-Versammlung
im Ratskeller.

Um zahlreiches Erscheinen erlucht
Der Vorstand

Haus-u. Grundbesitzer-Verein e. V.

Am **Freitag**, den 30. Januar, abends 8 Uhr im **Hotel Blauer Hecht**

General-Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und ihrer Frauen bitten
Der Vorstand

Spielkarten

empfehlen **Richard Arnold**

Hotel „Blauer Hecht“ :-: Kemberg
Gastspiel des **Stadtheaters Wittenberg**

Direktion Moje von Watten

Sonntag, den 1. Februar 1931, abends 8^{1/2} Uhr

Die große lustige **Militärkomödie**

Husarenfieber

Musikalisches Lustspiel in 4 Akten von Rabelburg und Stommonet. In den Hauptrollen: Wladi Dusch, Annemarie Gentschel, Joe Becker, Ernst Fischer, Paul Vogt, Franz Stenger, Hans Kiebler

Regie: Oberregisseur Joe Becker
Großes Kavallerie-Orchester unter Leitung von Kapellmeister **Walter Odenheimer**

Preise der Plätze: 1.50, 1.—, 0.60 RM

Vorverkauf: Buchhandlung Arnold

Anschließend **BALL!**

Zum Weinberg

Lichtmeßfeier

— **Montag** — „**Tanz**“ — bei starkbegleitem Orchester —

Der Saal wird gut geheizt.

Es ladet freundlichst ein

E. Fehner.



Bergwitz

Am 1. Februar

groß. Preis-Maschinenball

Turn-Verein „Gut Heil“, Bergwitz

Der Vorstand

Oeffentlicher Vortrag

Eintritt frei! Jugendlichen ist der Zutritt in Begleitung Erwachsener gestattet

Dem Kranken Hilfe

durch Behandlung mit **Radium-Strahlen** plus Hochfrequenz im eigenen Heim. Kein Verweilen mehr in Fällen von Rheuma, Gicht, Ischias, Hexenschuss, Gallenleiden, Nerven- und Herzleiden, Seh- und Gehörstörungen, Krampfadern, Asthma, Verdauungsstörungen, Stuhlverstopfung etc. ::

Lichtbilder-Experimental-Vortrag

Hochinteressante Vorführungen!

Freitag, den 30. Januar, abds. 8 Uhr in der gold. Weintraube

Volkswohl-Lose

für soziale und kulturelle Zwecke

Einzellos 1.— RM. — Doppellos 2.— RM.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Auguste Müller

geb. Görlich

die uns durch Wort, Schrift und Blumenpenden zu teil wurden und ihr das letzte Geleit gaben, sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

Rotta, den 26. Januar 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wichtige Beilagen: Samstags Sonntagsblatt und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltigen Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für ständige Werbegabe unbedingt gegenwärtig. / Verlagsgebühren: 10.— M., das Laufen, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 13

Donnerstag, den 29. Januar 1931

33. Jahrg.

Der Jagdverteilungsplan

des Jagdbezirks II der Stadt Kemberg für das Nachjahr 24. 6. 1930/31 liegt vom 29. Januar bis mit 12. Februar d. J. in der Stadtparkaffäre (Eintritt der Beteiligten aus. Einträge sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig. Kemberg, den 28. Januar 1931.

11] Der Jagdvorsteher
Diez, Bürgermeister

Kirchensteuer

2. Rate vom 1. Oktober 1930 bis 31. März 1931 und Rückstände von erster Rate (sowie ein Rückgeld von 2 M. von allen über 20 Jahre alten Personen, die keine Einkommensteuer zahlen oder deren Veranlagung von der Grundsteuer den Satz von 2 M. nicht erreicht, ist vom 30. Januar bis 15. Februar d. J. an unsere Kirchenkasse (Kühn, Leipziger Straße 55) zu zahlen.

Der Gemeindefiskusrat

Selbsthilfe der Städte.

Seit langen Jahrzehnten war die Lage der deutschen Städte nicht so ernst wie heute. Man muß damit rechnen, daß die Städte Ende März vor einem ungeheuren Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen. Unter diesen Umständen ist die volle Ausnutzung der Notverordnung notwendig. Die Notverordnung ist in erster Linie reichsweit gedacht. Aber wer glaubt, daß die Ordnung im Reichshaushalt und die Selbsterhaltung der durch Wohlfahrtsarbeiten nur wenig bedrückten Länder der Städte den Gemeinden fülle, irrt. Die Reichsregierung weiß, daß es nichts nützt, den Reichssetz zu lancieren, wenn die Gemeinden nicht genügend berücksichtigt werden. Bei dieser Sachlage ist die von uns immer wieder geforderte Neuregelung der Krisenfürsorge und die Verlegung der Termine im Januar 1931, die den Gemeinden einen vermehrten Zuwachs an Wohlfahrtsarbeiten bringen, dringendes Gebot. Sonstige Wohlfahrtsarbeiten zur Neuregelung der Krisenfürsorge werden gegenüber immer wieder zwischen Reichsregierung und Städtetag besprochen.

Die deutschen Städte haben bewiesen, daß sie aus eigener Entschlossenheit alles tun, was nötig ist. Noch in diesem Haushaltsjahr müssen auf der Ausgabenseite alle Ersparnisse, die irgend möglich sind, gemacht werden. Vorschläge dazu richtete der Vorstand des Deutschen Städtetages vor kurzem an die Städte; sie betrafen den Reichssetz, die Krankenhäuser und das Schulwesen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen über die Wirtschaftsbearbeitung der Städte zum Abschluß gelangt, sind die Richtlinien für die Mitarbeit der kommunalen Kreditanstalten von den Landesregierungen vereinbart worden, sind schließlich Städtetag und Theaterorganisationen über eine zentrale Beratung der Theaterwirtschaftlich schließig geworden. Die Ausgaben für die Schulen beschränken zu müssen, ist keine leichte Aufgabe der Städte, auch hier werden sie, hartem Zwange folgend, die Verantwortung für unplanmäßige Entschlossenheit auf sich nehmen. Die Sparmaßnahmen müssen sich jedoch organisch einfügen und, wo möglich, mit Verbesserungen Hand in Hand gehen. Auch Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege haben ihre natürlichen Grenzen. Bei der überaus großen Notlage breiter Schichten der Bevölkerung wird der jetzige Stand der Wohlfahrtspflege im großen und ganzen soweit als möglich aufrecht erhalten werden müssen. Insbesondere sollten der vorbeugende Jugenddienst und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge nicht eingeschränkt werden. Die Bedürfnisse der Wohlfahrtspflege müssen an die Lebenshaltungskosten angelehnt werden, wenn einerseits die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Lebensmittelpreise, andererseits die Gehälter und Löhne gesenkt sein werden. Außer solchen Sparmaßnahmen der Städte können weitere Ersparnisse in der Fürsorge dadurch erzielt werden, daß gesetzliche Bestimmungen geändert werden. Der Städtetag hat von der Reichsregierung verlangt: Der Rückzahlungsanspruch in der öffentlichen Fürsorge muß endlich gesetzlich festgelegt werden; die Bestimmungen des Umverteilungsgesetzes und des Aufwertungsgesetzes, nach denen Verzugsrenten und angeworfene Beiträge bis zu einem gewissen Betrage bei Bemessung der öffentlichen Unterstützung nicht berücksichtigt und angeworfene Ansprüche zur Sicherstellung der Wirtschaftsanprüche nicht herangezogen werden dürfen, müssen beseitigt werden; die gesetzliche Pfändungsgrenze bei der Verrentung unterhaltspflichtiger Angehöriger durch Rücktra-

verbände muß herabgesetzt, die Ertragsansprüche der Fürsorgeverbände gegenüber Versicherungsträgern müssen erweitert werden. Warum führt das Reich nicht endlich auch in der Krisenfürsorge die Bedürfnisprüfung ein? Die Geldmittel, die dort verwendet werden, könnten die Gemeinden entlasten. Auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft werden die Gemeinden ihre Selbsthilfe- und Sanierungsaktion fortsetzen. Sie werden weiterhin auf ihre Beschränkung über die größeren Investitionen, Zurückhaltung auf dem Geld- und Kapitalmarkt beobachten und kurzfristige Verschuldung meiden. Der Ausbau des kommunalen Wirtschaftswesens mit dem positiven Ziel einer produktiven Wirtschaftsberatung der Städte gewinnt in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Krisen für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wachsende Bedeutung. Eine besondere Behandlung wird die Prüfung der gemeindlichen Wirtschaftsbetriebe erfordern. Abgesehen von der auch hier durch die örtlichen Organe durchzuführenden laufenden Kassen- und Rechnungskontrolle handelt es sich hier um die Prüfung der wirtschaftlichen Betriebe auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Organisation und Betriebsführung. Die Prüfungen werden sich sowohl auf Regiebetriebe als auch auf kommunale Betriebe in Privatrechtsform erstrecken.



Parlamentarischer Aufruf.

Die kommenden Verhandlungen

Berlin, 27. Januar

Nachdem der Reichsfunktor Dr. Brüning und der Reichsaussenminister Dr. Curtius nun wieder nach Berlin zurückgekehrt sind, wird die Reichsregierung die letzte Woche vor dem Zusammenritt des Reichstages dazu benutzen, um einmal die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und zum anderen die parlamentarische Erledigung ihrer Arbeiten vorzubereiten.

Anwischen hat ja auch bereits eine Fühlungnahme mit den einzelnen Parteien stattgefunden.

Die Besprechungen werden fortgesetzt. Ein besonders wird nach einer Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei stattfinden und in politischen Kreisen wird angenommen, daß die Volkspartei bei der Reichsregierung dann Mitteilung macht, welche Sparmöglichkeiten sie bei dem 800 Millionen-Antrag im Auge hat. Die Gerichte, daß Dingeldey bei seiner ersten Fühlungnahme mit Reichskanzler Dr. Brüning personelle Veränderungen im Kabinett gewünscht hat, dürfte unzutreffend sein.

Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten am Montag eine Besprechung mit dem Reichsfunktor Dr. Brüning über die von den Sozialdemokraten beantragte Stafflung bei der Kürzung der Beamtengehälter.

Zwischen den Parteien selbst wird voraussichtlich im Laufe der Woche eine engere Fühlungnahme stattfinden, bei der die vom Reichstagspräsidenten Löbe formulierten Anregungen zur Parlamentsreform erörtert werden sollen. Dabei wird u. a. auch zur Debatte gestellt, daß ähnlich dem Beispiel in den anderen Staaten, Antidote, die finanzielle

Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen.

Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Immunität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure gelten und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Die Beratung des Disziplinargesetzes wird im engen Zusammenhang mit der Erörterung stehen, und im Zusammenhang mit dem Schicksal des Disziplinargesetzes davon abhängen, ob der Reichstagsausschuß für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister schon selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Disziplin ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Landvolk-Partei abhängen, ob sie sich entschließt, dem Genui zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Hugenberg fordert Breuherwahlen

Berlin, 28. Januar.

Auf der von der DNVP gestern veranstalteten Reichsgründungsfeier hielt der Parteivorsitzende, Geheimrat Dr. Hugenberg, eine programmatische Rede, in der er u. a. ausführte: Seitens des Reichstages für 1931 eine parlamentarische Erledigung findet, oder ob er durch Notverordnung erlassen werden muß. Im Falle der parlamentarischen Erledigung wird sich, wie der Reichsfinanzminister schon selbst angekündigt hat, eine größere Basis für die Disziplin ergeben, und zwar vom Jahre 1932 ab. Es wird im wesentlichen also von der Landvolk-Partei abhängen, ob sie sich entschließt, dem Genui zuzustimmen, um auf diese Weise eine vergrößerte Disziplin zu schaffen.

Das ist unsere zweite Parole für 1931. Denn was ist das für ein Spielchen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum anderes als eine verkappte Große Koalition? Wir rufen Euch heute laut und öffentlich den von uns gewählten Reichspräsidenten an: Möge er auf der Hut sein, nicht in das Begegnen von dem hineingezogen zu werden, was er will, in die geschichtliche Verantwortung für einen neuen Staatsstreich, für einen Staatsstreich in Breuhen, dem die Reichswehr Gerechtigkeit zu tun gedenkt. Wir verlangen zum Beweise dessen, daß man so etwas nicht will, die Neuwahl des Reichspräsidenten in diesem Frühjahr! Das neue Reich, für das wir kämpfen, ist Bismarcks Reich und doch ein ganz anderes Reich. Einst traf die Sozialdemokratie eine falsche Wahl, die aber nicht mit dem Erfolg, daß die Inflation immer weiter um sich griff. Jetzt dreht das Kabinett Brüning, weil es um der gemeinsamen Herrschaft in Breuhen willen an die Sozialdemokratie ansetzt, die gleiche Falle in der entgegengesetzten Richtung. Es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Elend herauszuführen vermag: Zurück zur Heiligkeit-Mark! Die wirtschaftspolitische Rettung unseres Volkes, das ist die dritte Parole für 1931!

Nach Dr. Hugenberg sprach Hofprediger D. Dohring, der seine Ausführungen schloß: Die deutsche Nation lasse das Reich Brüning mit seinen bolschewistischen Folgezuständen hinter sich und ziehe dem Dritten Reich, dem neuen deutschen Reich, entgegen.

Aus dem Freistaat Thüringen.

Staatsminister Dr. Fric über seine Ministerfraktion.

Weimar, 27. Januar

Staatsminister Dr. Fric sprach in einer Kundgebung, die von den Nationalsozialisten aus Anlaß des einjährigen Bestehens der gegenwärtigen Thüringer Regierung veranstaltet worden war, über seine Ministerfraktion.

Bei allen feinen Maßnahmen habe er sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Voraussetzungen für die Bereinigung Deutschlands der Zusammenfassung des gesamten Volkes in einen einheitlichen Widerstand, Abwehr, und Freiheitswillen sei.

Als besonders wertvoll und notwendig bezeichnete er, daß dieser neue Geist und Wille in die Herzen der Jugend verankert werde. Mit Stolz könne er sagen, daß gerade bei der Jugend schon heute Erfolge in nationalsozialistischem Sinne zu beobachten seien. Der Angelpunkt der nationalsozialistischen Politik sei, die Jugend immer mehr mit dem Geist des Widerstandes zu erfüllen, um so den Boden für Taten vorzubereiten, die vom deutschen Volk verlangt werden müßten, wenn es seine Freiheit wiederlangen wolle.

Auch die religiös-freie Erneuerung sei ein Gebot der Stunde. Deshalb habe er die Schulgebote eingeführt.

Dr. Fric freute sich über die Beratung des Kassationsgesetzes Dr. Günther und des Bauinspektors Professor Schulze-Naumburg um dann seinen Fachberatern für ihre Mitarbeit Dank zu sagen. Hierbei wies er den Vorwurf der Futurismuskritik zurück und erklärte, daß er es trotz der Berufung seines Fachberaters nicht zurückziehen werde. Da Beratungen für die Nationalsozialistischen Nachfragen seien. Die ungenutzte Aufgabe, die sich die Nationalsozialisten in der Befreiung des deutschen Volkes gestellt hätten, sei in Thüringen zwar erst in den allerersten Anfängen, aber Millionen deutscher Volksgenossen hätte dieser Anfang mit neuer Hoffnung erfüllt.

